Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,60 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Nonpareillezeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung für Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 256 | Dresden, Mittwoch den 2. November 1921 | 32. Jahrg.

Entlarvung der sächsischen Gegenrevolutionäre

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landtags gab Minister Lipinski folgende Erklärung ab:

Nach der Ermordung des Abgeordneten Erzberger erhielt der Minister des Innern Kenntnis von dem Bestehen einer Geheimorganisation in Sachsen. Die im Verein mit zwei ausgewählten Beamten des Justizministeriums vorgenommenen Ermittlungen führten zu dem Ergebnis, daß in Bautzen Major a. D. Schneider Leiter einer Selbstschutzorganisation für Ostsachsen ist, der Selbstschutz in zwei Polizeisitzen aufgestellt war und Oberleutnant Proch der Landespolizei Führer eines solchen Polizeisitzes war. Die militärische Organisation ist eine glatte Fortsetzung der im Jahre 1920 von der „Orgesch" und dem „Bürgerrat" in Dresden aufgestellten Selbstschutzorganisation. Eine Reihe militärischer Leiter jener Organisation ist auch Leiter dieses Selbstschutzes Ostsachsen. Oberleutnant Proch mußte seinen Dienst bei der Landespolizei quittieren.

Die Haussuchung in Bautzen förderte Material zutage, das auf die Spuren der Organisation der „Brüder vom Stein" führte. Es ist festgestellt worden, daß am 6. Juli 1921 im Hotel Hentzsche in Leipzig die Auflösungsversammlung der „Orgesch" stattfand und die gleiche Versammlung die Gründung der Organisation der „Brüder vom Stein" vornahm.

Geldgeber der „Orgesch" und der „Brüder vom Stein" sind die Finanzausschüsse der sächsischen Industrie, in die Mitglieder sich der Bürgerbünde bedienen.

Die „Liga zum Schutze Deutscher Kultur", Verein für Volksaufklärung" und ähnliche politische Organisationen arbeiten mit der Organisation der „Brüder vom Stein" Hand in Hand und erhalten ihre Mittel ebenfalls von den Finanzausschüssen der sächsischen Industrie. In Gelder der „Brüder vom Stein" sind in Leipzig und Dresden a Güter von rund 700 000 M. beschlagnahmt worden. Die getarnte Organisation der vom Reichspräsidenten verbotenen Organisation Escherich in Sachsen ging auf die „Brüder vom Stein" über, ihr Geschäftsmaterial, die Personen, die Geldquellen sind die gleichen wie bei der „Orgesch". Nach einer Anordnung des Forstrats Escherich ist schon vor der Auflösung der Organisation Escherich Anweisung gegeben worden, die Organisation unter Aenderung des Namens fortzusetzen. Der Verein wurde in Leipzig beim Amtsgericht in das Vereinsregister eingetragen. Das Polizeiamt hat die Eintragung nicht beanstandet.

Es ist weiter festgestellt worden, daß die „Brüder vom Stein" Waffenlager in Sachsen angesammelt haben. Jüngst wurde in Dresden der Fortbildungsschullehrer Eberbach, Leiter der Organisation „Orgesch" und „Brüder vom Stein" in Chemnitz, verhaftet, weil er 135 „Bürschbüchsen" mit gefälschtem Bestellschein ursprünglich für Jagdliebhaber in Dresden erworben hatte und sie in Sachsen vertreiben wollte. Die Gewehre wurden beschlagnahmt, Eberbach verhaftet. Ein zweites Waffenlager hatte Eberbach in Bauersdorf bei Frankenberg angelegt. Es wurden über 600 Infanteriegewehre und 4 Maschinengewehre am 27. Oktober beschlagnahmt.

Haussuchungen in Leipzig ergaben weiter, daß die in München aufgelöste Nationalarmee „Brigade Ehrhardt" auch in Sachsen eine Abteilung unterhält. Es ist festgestellt worden, daß die ganze Brigade Ehrhardt sich über Deutschland erstreckt, die Provinzen mit Namen bezeichnet sind und in Sachsen den Buchstaben M führt. Die Organisation gliedert sich in eine Geheime Kampforganisation und eine Feme. Die Geheimorganisation für Sachsen ist im Nebengebäude der Studentischen Verbindung Saxonia in Leipzig, Elsterstraße, nach einer Zusammenkunft mit mehreren Mitgliedern studentischer Verbindungen als „Leipziger Waffenring" gegründet worden. Bis Ende 1920 ist es der Verein „Organisation C". Diese Organisation ist identisch mit der in Baden aufgedeckten Geheimorganisation O. C. Zweck der Organisation ist, im Falle eines Linksputsches die Massen niederzuhalten und die Einsetzung einer nationalen Regierung herbeizuführen.

Die Feme hat den Zweck, Persönlichkeiten, die diesen Bestrebungen entgegenstehen, zu bestrafen, unter Umständen zu ermorden. Mit dieser Organisation hängt zusammen die „Ritterschaft Hellern", eine Jungorganisation in Leipzig. Aus den bisherigen Erörterungen ist festgestellt, daß der Kaufmann Krebs und der Sohn des Hofrats Seffner, Student Seffner, Leiter dieser Organisation waren, daß eine ständige Verbindung mit der Organisation in München aufrechterhalten worden ist, und daß auch der im Mordprozeß Erzberger genannte Killinger und Heinrich Tillessen mit Leipzig Verbindung gehabt haben und daß der Bruder von Tillessen, Karl Tillessen, der scheinbar Hörer an der Technischen Staatslehranstalt (Gewerbeakademie) in Chemnitz war, der Verbindungsmann der Organisation C gewesen ist. Krebs und der Leiter Haselin sind in den Pfingstfeiertagen dieses Jahres mit Killinger und Tillessen in Breslau gewesen. Anfang Mai dieses Jahres ist Hauptmann Ehrhardt in Leipzig gewesen, in seiner Begleitung war Karl Tillessen aus Chemnitz. Er und Ehrhardt trafen mit einem gewissen Gladkowitz, Oberingenieur der Firma Krupp in Essen, in Leipzig zusammen. Als Legitimation bediente er sich neuer roter Zweimarkscheine, die auf dem vorderen Mittelbilde einen roten Stempel mit dem Wikingerschiff aufgedruckt erhielten.

Aus dem vorhandenen Material ergibt sich, daß die Organisation die Beseitigung der Weimarer Verfassung erstrebt, Putsche herbeizuführen sucht und Versammlungen von Verfassungstreuen zu stören versucht, und Störungen in nationalistischen Versammlungen durch gewaltsames Auftreten zu unterdrücken versucht. Ein solcher Vorgang spielte sich jüngst bei der Goltzversammlung in Leipzig ab, wo eine geschlossene Gruppe junger Leute auf Zwischenrufer einging und ihnen Pfeffer ins Gesicht streute. Von Leipzig aus ist auch der Versuch gemacht worden, die inhaftierten Kapp-Leute Bolte und Dittmar zu befreien.

Die weiteren Erörterungen im Leipzig ergaben, daß der Sportverein „Silbernes Schild" die Fortsetzung der aufgelösten militärischen Organisationen der Zeitfreiwilligen darstellt. Dieser Sportverein, der dem Minister des Innern vom Polizeiamt in Leipzig als harmlos bezeichnet war, hat nach dem Ergebnis der Untersuchungen eine militärische Leitung, die sich in Wanderabteilungen gliedert. Der Leiter des Vereins deckt sich mit dem Bataillonsleiter der Zeitfreiwilligen; die Leiter der Wanderabteilungen decken sich mit den Kompanieführern der Zeitfreiwilligen-Bataillone und die Gruppenführer mit den Zugführern der Zeitfreiwilligen-Kompanien. Die Leitung selbst hat die Mitglieder im allgemeinen über den militärischen Charakter der Organisation im unklaren gelassen. Die Leitung hat den Verein geschlossen der „Orgesch" angegliedert, und am 21. September 1921 wurde der Beschluß gefaßt, den Sportverein der Organisation der „Brüder vom Stein" geschlossen anzugliedern. Der Beschluß ist aber nicht ausgeführt worden, weil inzwischen der strafrechtliche Eingriff in die Organisation erfolgte. Beim Märzputsch und bei der Reichstagswahl sind die Vereinsmitglieder alarmiert worden, und der Hauptmann Wilke der Landespolizei, der zugleich Gruppenführer im Verein war, hat Mitglieder des Vereins zum Waffentransport herangezogen. Er ist von der Landespolizei ausgeschieden.

Der Sportverein hat ein Jahr lang keine Mitgliedsbeiträge erhoben, obgleich er dem Geschäftsführer monatlich 2000 M. Gehalt zahlte. Diese Summen deckte er aus den Beständen der Stiftungen für die Zeitfreiwilligen, die wiederum vom „Bürgerbund" in Leipzig beschafft worden sind. Geldgeber des Leipziger Bürgerbundes ist der Finanzausschuß Leipziger Industrieller. Seit diesem Jahre wird erst ein Mitgliedsbeitrag erhoben, der bis zu 10 M. pro Jahr betragen soll, der aber nicht ausreicht, um die Einrichtungen der Geschäftsstelle zu unterhalten, so daß andre Geldgeber unterstützen müssen.

Die erlangten Mitgliederlisten und das andre gewonnene Material lassen erkennen, daß Brigade Ehrhardt, Organisation Escherich als „Brüder vom Stein" zusammenarbeiten und daß eine geschlossene Organisation der Konterrevolution in Sachsen besteht. Das Polizeiamt Leipzig ist angewiesen, die Auflösung der Vereine herbeizuführen. Sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind, wird die Bestrafung der Beteiligten herbeigeführt werden.

Drohung für den Putschfall

Dem deutschen Botschafter in Paris wurde folgende Note der Botschafterkonferenz übermittelt:

Die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz ist auf die Gefahren hingelenkt worden, die der Eintritt landesfremder Personen nach Oberschlesien für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Lande haben könnte. Die Konferenz ist überzeugt, daß die Ruhe, die augenblicklich im Abstimmungsgebiet herrscht, und deren Fortdauer von so großem Wert ist, nicht gestört werden wird, wenn keine von außen hereingetragene Aufreizung die Bevölkerung dazu treibt, von ihrer Haltung abzugehen.

Die Botschafterkonferenz glaubt, daß es die Pflicht Ihrer Regierung ist, auf ihrem Gebiete und ganz besonders in den Teilen, die an das Abstimmungsgebiet angrenzen, für eine strikte Ueberwachung zu sorgen, um das Eindringen von Elementen nach Oberschlesien zu verhindern, die die Ruhe stören könnten. Unter diesen Umständen würde die Konferenz Ihre Regierung als in hohem Maße verantwortlich betrachten, wenn Unruhen in Oberschlesien von Leuten, die aus dem deutschen Gebiet kommen, gestiftet würden.

Im Namen der Botschafterkonferenz habe ich die Ehre, Sie zu bitten, Vorstehendes zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen.

Genehmigen Sie usw.

*

Eine ähnliche Note ist auch der polnischen Regierung überreicht worden.

Kabinettssitzung in Berlin

Eigene Drahtmeldung

tu. Berlin, 2. November. Der Reichskanzler Dr. Wirth ist heute vormittag in Berlin wieder eingetroffen. Um 11 Uhr fand unter seinem Vorsitz eine Kabinettssitzung statt, die sich mit der oberschlesischen Frage und der preußischen Kabinettskrise befaßte.

Erste Sitzung des Berliner Stadtparlaments

Eigene Drahtmeldung

tu. Berlin, 2. November. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten sind gestern zu einer Sitzung nach der Neuwahl zusammengetreten. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Heilmann gewählt, während der bisherige Fraktionsvorsitzende Genosse Krüger, der Vorsitzende der Berliner Organisation der Mehrheitssozialdemokratie, zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurde.

Der Rücktritt der preußischen Regierung

Berlin, den 1. November, 4.45 Uhr nachmittags.

Das preußische Ministerium hat soeben seinen Rücktritt einstimmig beschlossen.

Der Rücktritt des Ministeriums Stegerwald wurde durch folgende Resolution der demokratischen Landtagsfraktion, die am Dienstag nachmittag zusammengetreten war, hervorgerufen:

„Nach der veränderten politischen Lage erscheint uns die **Zweiparteien-Regierung nicht länger haltbar.** Die bisherigen Versuche, zu einer Verbreiterung der Regierungsgrundlage zu gelangen, müssen wir als gescheitert betrachten. Um freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung zu schaffen, **treten unsre Minister aus der jetzigen Regierung aus.**"

Bevor die Demokraten diesen Beschluß faßten, waren zwischen Mitgliedern der alten Koalition einschließlich der Sozialdemokratie Verhandlungen über die Umbildung der preußischen Regierung geführt worden, die aber durch das Verhalten des preußischen Innenministers Dominicus scheiterten. Dominicus, dem der Rücktritt schon öfters nahegelegt wurde, bestand auch jetzt noch darauf, weiterhin preußischer Minister des Innern zu bleiben. Der Vorschlag, ihm das Kultusministerium anzuvertrauen, wurde von der Zentrumsfraktion abgelehnt. Insofern mußte der Beschluß der Demokraten zustande kommen, denn ohne diesen Beschluß hätte weder eine Umbildung, die von den Parteien auf Grund der politischen Verhältnisse für notwendig erachtet wurde, noch eine Demission des Kabinetts herbeigeführt werden können.

Nachdem so auch die letzten Verhandlungen über eine Regierungsumbildung gescheitert waren, war für Stegerwald der Beschluß der Demokraten ein Glück; denn die Sozialdemokratie hätte das Verhalten der bürgerlichen Parteien in Zukunft mit der schärfsten Opposition, die auch Herr Stegerwald nicht überwinden konnte, beantwortet. Die Sozialdemokratie verhält sich zu der neugeschaffenen Situation vorläufig abwartend; denn sie hat keinen Grund, sich nach neuen Regierungssitzen zu drängen. Selbstverständlich begrüßen auch wir die Klärung, die durch den Rücktritt des Kabinetts geschaffen wurde und sind bereit, an dem Zustandekommen einer neuen, tragfähigen Regierung mitzuarbeiten. Hierbei ist nicht zu vergessen, daß die Parteiverhältnisse im Landtage andre sind als im Reichstag, und die alte Koalition in Preußen auch heute noch, wenn auch nur eine geringe Mehrheit bildet. Weiterhin muß berücksichtigt werden, daß die Unabhängigen, die sich im Reich bereiterklärten, ein Kabinett von Zentrum und Sozialdemokratie zu unterstützen, nicht gänzlich ausgeschaltet werden können. Die Einbeziehung der Rechtskoalition in die künftigen Verhandlungen muß unsererseits entschieden abgelehnt werden. Wir können uns den Luxus nicht leisten, alle 14 Tage im Reiche eine neue Regierung aufstehen zu sehen, zumal eine Aenderung der Regierungsverhältnisse im Reich Rückwirkungen nach sich ziehen könnte, die bei Umbildung einer Landesregierung gänzlich ausgeschlossen sind. Zur Förderung der schlechten Politik innerhalb der Demokratischen Partei und der Volkspartei, die in dieser Beziehung in letzter Zeit Großtaten bewiesen haben, werden wir uns nie und nimmer hergeben. Desgleichen ist ein Rechtskurs unter allen Umständen zu vermeiden. Die Sozialdemokratie darf und wird nur mit Parteien zusammengehen, die bereit sind, nicht nur Rechte zu beanspruchen, sondern auch Pflichten im Sinne der Republik zu übernehmen.

Kapitulationsumbildung durch Leinert

Der Präsident des Preußischen Landtages, Leinert, der die Verhandlungen über die Kabinettsumbildung in Preußen in die Hand nehmen wird, hält sich gegenwärtig in Hannover auf, von wo er wahrscheinlich am Donnerstag in Berlin eintreffen wird.

Das Reichskabinett wird wahrscheinlich noch vor der heutigen Mittwoch erfolgten Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Wirth eine Konferenz abhalten, in der voraussichtlich der Rücktritt des preußischen Kabinetts zur Sprache kommen wird.

Die Vereinigung der beiden Internationalen ist gescheitert

Die englische Arbeiterpartei hat von neuem versucht, die Wiedervereinigung der beiden Internationalen Zwei und Zweieinhalb herbeizuführen in einer Besprechung, die in der letzten Woche in London zwischen dem Exekutivkomitee der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der englischen Arbeiterpartei stattfand. Dieser Versuch ist gescheitert, und zwar an der Ablehnung der Vertreter der Zweieinhalbinternationale. Die Arbeiterpartei hatte vorgeschlagen, daß das Exekutivkomitee der Internationale Zweieinhalb zurücktreten bzw. sich auflösen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211101/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG